

Geschäftszahl:  
BMA 2021-0.851.446  
BMSGPK 2021-0.851.998

**1/4.2**  
Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Konsumentenschutz“ am 6. Dezember 2021 in Brüssel

Am 6. Dezember 2021 fand in Brüssel eine Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Konsumentenschutz“ statt. Den Vorsitz führte der slowenische Minister für Arbeit, Familie, Soziales und Chancengleichheit, Herr Janez Cigler Kralj. Die Europäische Kommission war durch Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, Nicolas Schmit, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte und durch Helena Dalli, Kommissarin für Gleichheitspolitik, vertreten.

Für Österreich nahm Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher, Bundesminister für Arbeit an der Ratstagung teil.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union“ nahm der Rat eine allgemeine Ausrichtung an.

Österreich betonte, dass man die Zielsetzung des Richtlinienvorschlags unterstütze und bedanke sich für die Arbeit des Vorsitzes am Richtlinienvorschlag und für die Anstrengungen, einen für die meisten Delegationen akzeptablen Kompromisstext vorzulegen. Österreich anerkannte, die unter dem slowenischen Vorsitz erzielten Fortschritte. Die für Österreich zentralen Elemente seien aber noch nicht ausreichend berücksichtigt. Österreich enthielt sich bei der Abstimmung über eine allgemeine Ausrichtung.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Richtlinie über verbindliche Maßnahmen zur Lohntransparenz“ nahm der Rat eine allgemeine Ausrichtung an.

Österreich betonte, dass die Richtlinie grundsätzlich ein wichtiges Ziel verfolge, das vollumfänglich unterstützt werde. Der aktuelle Kompromisstext gehe leider nicht ausreichend auf zentrale Bedenken Österreichs ein. Österreich enthielt sich bei der Abstimmung über eine allgemeine Ausrichtung.

Zum Tagesordnungspunkt „Gleichbehandlungsrichtlinie (Artikel 19)“ präsentierte der Vorsitz einen Fortschrittsbericht.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Europäisches Semester 2022“ fand eine Orientierungsaussprache statt.

Österreich betonte die Auswirkungen auf das Europäische Semester und begrüßte die Rückkehr zu einem vollen Semesterprozess. Wichtigstes Ziel im Jahr 2022 sei, von der Bewältigung der Pandemie auf eine nachhaltige Erholung überzugehen. Österreich nahm außerdem Bezug auf aktuelle nationale arbeitspolitische Maßnahmen und Programme. Wichtige Herausforderungen im sozialpolitischen Bereich seien u.a. die verbesserte Erwerbsbeteiligung arbeitsmarktfremder Personen, der Abbau von Beschäftigungshemmnissen oder die Bekämpfung von Kinderarmut. Dadurch könne auch die Resilienz gestärkt und ein Beitrag zu einer gerechteren und ausgewogenen Klima- und Energiewende erreicht werden.

Der Tagesordnungspunkt „Europäisches Semester 2022“ gliederte sich in die folgenden Unterpunkte:

a) Jahresbericht 2022 zum nachhaltigen Wachstum (ASGS), Warnmechanismus-Bericht (WMB), Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts (GBR) und Entwurf der Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets (Vorstellung durch die Kommission).

Die Kommission stellte den Jahresbericht 2022 zum nachhaltigen Wachstum (ASGS), den Warnmechanismus-Bericht (WMB), den Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts (GBR) und den Entwurf der Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets vor.

b) Umsetzung der Jugendgarantie – Überprüfung durch den Beschäftigungsausschuss – Kernbotschaften (Billigung).

Die Kernbotschaften wurden gebilligt. Österreich hatte keine Einwände.

c) Aktuelle Informationen zu den nationalen Plänen im Rahmen der Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige (Informationen des Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialschutz).

Der Vorsitzende des Ausschusses für Sozialschutz informierte zu den nationalen Plänen im Rahmen der Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige.

Zum Tagesordnungspunkt „Auf dem Weg zu einem Europa der Gleichheit“ fand eine Orientierungsaussprache statt.

Österreich betonte, dass es sein Ziel sei, eine hohe Beschäftigungsquote von Frauen zu erreichen und den Gender Pay Gap zu verringern. Wichtig sei dabei eine kluge Mischung an Maßnahmen, um Geschlechtergleichstellung am Arbeitsmarkt zu fördern. Österreich ging weiters auf bereits bestehende nationale Maßnahmen und Prioritäten ein. Schließlich nahm Österreich auf das Verhältnis von Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene Bezug.

Die Schlussfolgerungen des Rates zum Thema „Nachhaltige Arbeit im Laufe des gesamten Lebens“ wurden angenommen. Österreich hatte keine Einwände.

Die Schlussfolgerungen des Rates über die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt wurden angenommen. Österreich hatte keine Einwände.

Unter „Sonstiges“ informierte der Vorsitz zum Sachstand betreffend die Überarbeitung der Verordnungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (883/04 und 987/09), die Überarbeitung der Richtlinie zu Karzinogenen und Mutagenen bei der Arbeit (vierte Gruppe) und die Richtlinie zur ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in Gesellschaftergremien. Die Kommission informierte über die Initiative „ALMA“ und die hochrangige Gruppe zur Zukunft des Sozialschutzes und des Wohlfahrtsstaats. Der Vorsitz informierte zudem über mehrere seiner vergangenen Konferenzen.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes“ informierte die französische Delegation über ihr Arbeitsprogramm für das erste Halbjahr 2022.

Beim Mittagessen fand ein Austausch zum Thema „Zukunft des Sozialschutzes und des Wohlfahrtsstaates“ statt.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Wir stellen daher im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

10. Dezember 2021

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher  
Bundesminister

Dr. Wolfgang Mückstein  
Bundesminister